

Ercheint wöchentlich einmal: Freitags.
 Anzeigen: Die fünfgepaltenen Zeitzeile 40 Pfg.
 Für die Ortsvereine 10 Pfg.
 Im Abonnement nach Vereinbarung.
 Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark
 Bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Zeitungspreisklasse.
 Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 38

Berlin, den 20. September 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
 Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
 Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Eine aufreizende Statistik. — Die Körperkraft als Einkommensquelle. — Streikbruchstatistik. — Auch die Unternehmer ziehen die nötige Nutzenwendung. — Die Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) im Strom des öffentlichen Lebens. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Bismarck-Worms. — Patentschau. — Lohnbewegung. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Eine aufreizende Statistik.

Ja dieser Zeit der Fleischnot und Teuerung wird mehr denn sonst mit Zahlen operiert. Von der einen Seite der Interessenten geschieht dies um die Not nachzuweisen und auf der anderen, um diese als „eine vorübergehende Erscheinung“ zu charakterisieren. Diese Zahlenkunststücke interessieren allerdings weniger das darbedende deutsche Volk, da dieses auch ohne Statistik am eigenen Körper deutlich genug die seit Jahren andauernde Preissteigerung der Lebensmittel spürt. Die Lohnkämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der letzten Jahre sind denn auch vorwiegend darauf zurückzuführen, daß die Lebenshaltung der großen Masse eine immer schwieriger geworden ist.

Wir halten deshalb die Fälscherkunststücke des Bundes der Landwirte und seiner Trabanten, welche die Teuerung als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnen, für gewissenlos. Diese Herren sind nur darauf bedacht, ihren eigenen Vorteil zu wahren und gehen skrupellos dazu über, aus anderer Leute Haut Niemen zu schneiden. Die nationale Arbeit und das Volkswohl zu schütten geben diese Fanatiker der Wahrung des eigenen Geldbeutels vor, und wissen nicht genug von den Sängern zu erzählen, die die deutsche Landwirtschaft und das gesamte Erwerbsleben schädigen wollen, indem von diesen Einfuhrerleichterungen für Nahrungsmittel, insbesondere für Fleisch, gefordert wird. An der gegenwärtigen scharfen Preissteigerung ist, das geben wir gerne zu, nicht nur der schädigende Einfluß der Zollpolitik, sondern auch die vorjährige schlechte Ernte schuld, aber die steigende Tendenz der Lebensmittelpreise läßt sich in einer großen Reihe deutscher Städte bis zum Jahre 1896 zurück mit ziemlicher Sicherheit verfolgen. Daß wir es in Deutschland nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung, sondern mit einer chronischen Teuerung zu tun haben, zeigt ein Nachweis in der „Konjunktur“ über die für den Konsum notwendigen Ausgaben, die eine zu deutliche Sprache reden, um übergangen werden zu können; beträufte doch die Steigerung für eine vierköpfige Familie 33 1/3 Prozent oder 6,29 Mark pro Woche. Für die östlich und westlich der Elbe gelegenen Provinzen Preußens berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes in Mark in:

	1896	1900	1905	1911	1912
Ostpreußen	17,98	19,12	20,44	22,65	23,58
Westpreußen	17,59	19,13	21,13	22,31	22,90
Berlin	18,03	19,11	21,96	23,75	24,70
Brandenburg	18,53	19,27	22,22	23,35	25,31
Pommern	19,26	20,35	21,11	23,21	24,52
Posen	17,84	18,79	20,45	24,11	25,03
Schlesien	18,86	20,00	21,82	24,22	25,03
Schleswig-Holstein	18,64	19,91	20,94	24,09	25,43
Sachsen	19,15	20,03	21,01	25,12	26,26
Hannover	17,88	19,04	21,28	23,57	24,71
Westfalen	18,65	19,95	21,86	24,13	24,87
Rheinland	19,76	20,92	22,38	24,77	25,18
Rheinland	20,40	21,51	23,02	25,91	26,96

Demnach sind die Haushaltskosten seit 1896 in Pommern um 27,3 Prozent, in Ostpreußen um 31,1 Prozent und in Westpreußen um 31,2 Prozent gestiegen. In Schlesien erhöhten sie sich um 32,7 Prozent. Für Brandenburg ergab sich eine Verteuerung um 36,0 Prozent. In Berlin stiegen die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes um 37,0 Prozent. In der Provinz Posen betrug die Steigerung sogar 40,3 Prozent. Von 1905 bis 1912 erhöhten sich die Haushaltskosten in den genannten Provinzen um 8,4 bis 25,0 Prozent. Die Bewegung der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes in Sachsen stieg um 37,1 Prozent, in Sachsen-Maschau um 27,4 Prozent, im Rheinland um 32,1 Prozent, in Westfalen um 33,3 Prozent und in der Provinz Hannover um 35,2 Prozent. Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Haushaltskosten in einigen preussischen Großstädten. Der Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie kostete nämlich bei Be-

scheidenen Ansprüchen durchschnittlich in Mark:

	1896	1905	1912	Steigerung in Prozent seit 1896	1905
Berlin	18,03	21,96	24,70	37,0	12,5
Cöln	20,76	23,88	27,83	34,1	16,5
Breslau	19,74	22,41	25,66	30,0	14,5
Frankfurt a. M.	19,86	22,29	24,78	24,8	11,2
Düsseldorf	21,45	21,36	27,12	26,4	27,0
Hannover	17,64	21,03	24,69	40,0	17,4
Magdeburg	18,51	21,12	26,65	44,0	26,2
Königsberg	18,09	20,73	23,74	31,2	14,5
Dortmund	18,24	22,11	24,63	35,0	11,4
Münster	19,29	22,47	26,23	36,0	16,7
Greifswald	18,57	21,45	28,24	52,1	31,7

Nicht weniger scharf als in Preußen sind die Haushaltskosten in den übrigen Teilen des Deutschen Reichs gestiegen. Sie stellten sich in Mark auf:

	1896	1900	1905	1911	1912
Bayern	20,37	21,07	22,21	24,04	25,38
Königreich Sachsen	19,98	21,03	21,79	23,33	25,08
Württemberg	18,92	19,16	20,99	23,62	24,66
Baden	20,14	20,98	22,03	25,99	26,88
Hessen	19,52	19,52	22,17	24,19	25,07
Thür. Staaten	18,39	19,66	21,59	24,28	25,97
Oldenburg	16,86	18,01	22,07	23,48	25,05
Anhalt	19,12	20,14	23,54	24,25	26,02

Mitteln sind die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes seit 1896 gestiegen in Bayern um 24,6 Prozent, in Sachsen um 25,5 Prozent, in Württemberg um 30,3 Prozent, in Baden um 33,5 Prozent, in Hessen um 28,4 Prozent, in Anhalt um 36,1 Prozent, in den thüringischen Staaten um 41,2 Prozent und in Oldenburg um 48,6 Prozent. Für Hamburg berechneten sich die Haushaltskosten im laufenden Jahre auf 24,70 Mark oder 31,7 Prozent. In Bremen ergab sich eine Verteuerung des Nahrungsmittelaufwandes von 18,87 auf 25,65 Mark oder um 35,9 Prozent.

Diesem anhaltenden Steigen der Warenpreise, insbesondere der fortschreitenden Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel, entspricht eine ständige Abnahme der Kaufkraft des Geldes. Würde diese wieder ausgeglichen durch eine angemessene Steigerung der Löhne und Gehälter, so wäre zweifellos kein Grund vorhanden zu der Annahme, daß sich die Lebenshaltung der breiten Volksschichten verschlechtert hat. Daß das Einkommen der Arbeiter und kleinen Beamten seit 1907 meist nicht in dem Maße gestiegen ist wie die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes, ist schon mehrfach gesagt worden. Die Folge dieser ungleichen Bewegung ist naturgemäß eine Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes. Diese ergibt sich besonders deutlich aus dem Rückgange des Verbrauchs der allerwichtigsten Nahrungs- und Genußmittel. Erkennt man die amtliche Verbrauchsstatistik als maßgebend an, so ergibt sich folgendes Bild. Es betrug der jährliche Verbrauch von Brotgetreide, Kartoffeln und Zucker pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich in Kilogramm:

	Roggen	Weizen u. Spelz	Kartoffeln	Zucker
1907/08	142,4	90,7	625,3	17,1
1908/09	141,3	83,6	631,4	17,7
1909/10	152,0	93,3	624,9	17,5
1910/11	139,3	87,6	565,8	19,0

Demnach ist im Jahre 1910 11 lediglich der Verbrauch von Zucker, wohl infolge der vorhergegangenen guten Zuckerernte und der infolgedessen veranstalteten lebhaften Propaganda für den Zuckerkonsum, etwas gestiegen. Der Konsum von Roggen hat einen Tiefstand erreicht, wie er seit dem ungünstigen Wirtschaftsjahr 1901/02 nie wieder beobachtet wurde. Auch der Verbrauch von Weizen hat wieder eine recht bedenkliche Verminderung erfahren. Seit dem Jahre 1902/03 ist der durchschnittliche Verbrauch von Roggen und Weizen zusammen bereits um 31,5 Kilogramm pro Kopf zurückgegangen. Der Konsum von Kartoffeln ist in der gleichen Zeit von 732,4 Kilogramm auf 565,8 Kilogramm pro Kopf gesunken. Auffallend ist die Zunahme des Verbrauchs von Futtergetreide und Reis. Man acht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß ein Teil unserer Bevölkerung zu minderwertigen Ersatzmitteln für Brotgetreide greifen muß, während die besser- im Inlande produzierten Getreidesorten durch das Exportieren der Ernteprodukte dem Auslande zu relativ billigen Preisen geliefert werden. Der Konsum von Reis dagegen ist von durchschnittlich 2,58 Kilogramm

in den Jahren 1906/10 auf 2,71 Kilogramm im Jahre 1910/11 gestiegen. Bedauerlicherweise macht sich auch im Verbrauch von Heringen ein erheblicher Rückgang bemerkbar. Einschließlich der von deutschen Fischern gefangenen und auf See gefangenen Heringe wurden im Jahre 1911 durchschnittlich 3,49 Kilogramm verbraucht. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme um 0,35 Kilogramm. Der Verbrauch von Kaffee, der in den Jahren 1901 bis 1905 noch durchschnittlich 3,00 Kilogramm jährlich betrug, ist bis auf 2,79 Kilogramm zurückgegangen. Der Kakaokonsum hingegen ist gleichzeitig von 0,38 Kilogramm auf 0,75 Kilogramm gestiegen.

Genau so wie bei dem hier geschilderten Rückgange des Konsums der namentlich aufgeführten Nahrungsmittel verhält es sich mit dem Fleischkonsum. Es herrscht kein Zweifel, daß bei der gegenwärtigen Teuerung bei manch armer Familie überhaupt kein Fleisch mehr auf den Tisch kommt. Daß der Fleischgenuß, schon wegen des ihm innewohnenden Eiweißgehaltes, notwendig ist, um den menschlichen Körper gesund und leistungsfähig zu erhalten, wird von allen medizinischen Autoritäten aber anerkannt. Nach Ansicht der bedeutendsten Ernährungsphysiologen müssen ungefähr 35 Prozent der Eiweißstoffe in Gestalt von Fleisch genossen werden. Nun ist der Eiweißgehalt der verschiedenen Fleischsorten nicht gleichwertig. Nach Dr. S. U. Müller (Betrachtungen über die Fleischversorgung Deutschlands) besitzt das Kilogramm Schweinefleisch 18 Prozent weniger Nährwert wie ein Kilo Rindfleisch. Es muß also demnach, weil der größere Konsum von Schweinefleisch bei den Teuerungsbewerten immer als Beweis ins Feld geführt wird, auch gesagt werden, daß von dieser Fleischsorte mehr genossen werden muß, um die notwendige Nährkraft zu erhalten. Poigt und Rubener berechneten den notwendigen Jahresverbrauch an Fleisch auf 62 Kilogramm reinen Rindfleischs pro Kopf der Bevölkerung. Nach einer Ermittlung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes dagegen sollen 55 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ausreichend sein. Wie ist es aber mit dem Fleischverbrauch des deutschen Volkes bestellt? Darüber mögen nachstehende Ziffern Aufschluß geben:

In den Jahren 1905 bis 1912 betrug nach den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischschau, unter Berücksichtigung der Mehreinfuhr, der Fleischkonsum der Bevölkerung in Kilogramm:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
	37,94	36,98	39,42	40,41	40,20	40,08	41,02

Demnach blieb der Fleischkonsum in Deutschland schon in früheren Jahren ganz bedeutend hinter dem vom Kaiserlichen Gesundheitsamte aufgestellten Mindestmaß zurück. Berücksichtigt man, daß eine dünne Oberschicht unserer Bevölkerung ganz bedeutend größere Mengen Fleisch genießt, so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit eine dauernde Unterernährung der weniger bemittelten Volksklassen. Jede Schwankung in der Fleischversorgung trifft natürlich die unteren Volksschichten am frühesten und am schwersten. Das ergibt sich auch aus der bedeutenden Abnahme des Fleischkonsums im Jahre 1912. Während im ersten Vierteljahr 10,50 Kilogramm pro Kopf berechnet wurden, sank diese Ziffer im zweiten Quartal auf 9,73 Kilogramm. Das Ergebnis des dritten Vierteljahres wird jedenfalls eine weitere bedeutende Verringerung des Fleischkonsums zeigen.

Was sagen die amtlichen, von der Agrarpropaganda beeinflussten Märkenzähler zu dieser eigenartigen vorübergehenden Erscheinung? Diese Zahlen wirken geradezu erschreckend. Wie soll das aber erst im Winter werden, wenn die Arbeitslosigkeit einsetzt? Die Wunden, die durch diese Teuerung der Volkskraft durch Unterernährung geschlagen werden, dürften so leicht dann nicht vernarben.

Unter der Antialkoholpropaganda und wohl auch infolge unserer Steuergesetzgebung ist der Genuß von Bier und Branntwein in den letzten Jahren, was wohl in zweifacher Hinsicht begrüßt werden darf, bedeutend zurückgegangen. Wir begrüßen dieses erstens im Interesse der Volksgesundheit, und zweitens wird allen denen eine Waäre aus der Hand geschlagen, die so gerne behaupten, die Masse der Bevölkerung lege den größten Teil ihres Einkommens in Alkohol an und spare deshalb an den anderen Lebensmitteln. So ist z. B. der Bierverbrauch, der im Jahre 1900 noch 118 Liter pro Kopf betrug, in den Jahren 1909 und 1910 auf durchschnittlich 99 Liter gesunken. Der Konsum von Branntwein ist seit den

